

## **Nach einem ersten Fortschritt im Gesetz mit einer kantonalen Volksinitiative ganz ans Ziel?**

**Als fünfter Kanton führt der Kanton Bern finanzielle Beiträge an private Schulen ein – allerdings nur in beschränktem Rahmen. Die Regionalgruppe der Elternlobby wird deshalb an ihrer Mitgliederversammlung am 10. März diskutieren, ob eine kantonale Volksinitiative für eine freie Schulwahl angestrebt werden soll. Der Diskussionsabend ist öffentlich und wird von drei schulpolitisch versierten Referenten eröffnet (siehe Kasten am Schluss dieses Textes).**

Fast einstimmig hat das Berner Kantonsparlament einer Revision des Volksschulgesetzes zugestimmt, das gesetzliche Grundlagen für finanzielle Beiträge an private Volksschulen schafft. Wird die Revision ab Sommer 2009 gemäss den Absichtserklärungen der Kantonsregierung umgesetzt, so erhalten mehr als 20 Jahre alte Privatschulen mit mehr als 100 Volksschülern jährlich 2000 Franken pro Schulkind vom 1. bis zum 9. Schuljahr. Konkret profitieren werden von dieser Neuerung die Steinerschulen in Bern, Ittigen, Steffisburg, Langenthal, Biel und hoffentlich auch Langnau sowie – aufgrund einer Spezialbestimmung – die International School of Berne. Diese Schulen werden künftig gleich behandelt werden müssen wie die drei ehemaligen privaten Lehrerseminarien NMS, Muristalden und Freigymmer, die für ihre Volksschulstufen seit jeher Kantonsbeiträge erhalten haben.

### **Kleine und junge Schulen bleiben ausgeschlossen**

Die Berner Regionalgruppe der Elternlobby, die stark von Steinerschuleltern getragen wird, hat sich stark für diese Gesetzesrevision eingesetzt. Sie hat sich in einer ausführlichen Vernehmlassung allerdings für eine verbindlichere Formulierung im Gesetz, für höhere Beiträge und vor allem für grosszügigere Kriterien eingesetzt. Die vom Regierungsrat vorgesehene Beschränkung auf Schulen mit mehr als 100 Volksschülern und mehr als 20 Jahren Bestand schliesst nämlich bewährte und innovative Bildungsinstitutionen weiterhin von Kantonsbeiträgen aus: so die Montessori-Schule in Bern, die Schulkooperative Biel (an der die Eltern in einem schweizweit einmaligen Modell selber unterrichten) oder auch die Ressourcenorientierte Schule Reosch in Bern.

### **Engagement der Elternlobby für Verbesserungen**

Die Berner Regionalgruppe der Elternlobby hat ihre Argumente für eine grosszügigere Unterstützung privater Schulen in einer ausführlichen Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren eingebracht und wurde von Erziehungsdirektor Bernhard Pulver zu einem offenen Gespräch empfangen. Sie hat den Kontakt zu allen Parteien gesucht (und zu den meisten auch gefunden) und die Mitglieder der vorberatenden Grossratskommission um Unterstützung gebeten. Schliesslich ist sie an jene rund 70 Mitglieder des Grossen Rates gelangt, die sich in ihren Wahlkämpfen für die Unterstützung privater Schulen ausgesprochen hatten. Konkret hat die Elternlobby an diese Parlamentsmitglieder appelliert, die beantragte Gesetzesrevision zu verbessern oder zumindest den Regierungsrat zu einer grosszügigeren Umsetzung aufzufordern.

### **Wenigstens keine Fundamentalopposition mehr**

Das Resultat all dieser Bemühungen ist ernüchternd: Nur gerade 14 der 160 Grossräte stimmten für einen Antrag von EDU-Vertreter Andreas Brönnimann, der die Kantonsbeiträge an Privatschulen verbindlich im Gesetz vorschreiben wollte (und nicht nur mit der schliesslich beschlossenen Kann-Formulierung). Und CVP-Grossrat Daniel Kast war der einzige Redner, der für grosszügigere Kriterien zugunsten kleinerer und jüngerer Privatschulen warb. Als Erfolg (auch des koordinierten Lobbyings

von Elternlobby und Steinerschulen) kann immerhin gewertet werden, dass keine Partei und kein einziger Redner im Grossen Rat grundsätzlich gegen die Unterstützung privater Schulen antrat.

### „Freie Schulwahl“ – 1983 vom Volk hoch verworfen

Dieser Durchbruch ist umso bemerkenswerter, als im Kanton Bern 1983 eine Volksinitiative „für freie Schulwahl“, die eine grosszügige finanzielle Unterstützung für den Privatschulbesuch vorsah, von allen grossen Parteien bekämpft wurde und vom Volk mit 78,6 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt worden war (\*). Seither haben Sparmassnahmen bei den staatlichen Schulen grosse Ängste geweckt, dass die Förderung von Privatschulen auf dem Buckel der staatlichen Volksschule erfolgen könnte. In der Grossratsdebatte forderten denn auch namentlich die Grünen, dass für die Unterstützung der privaten Schulen „zusätzliche Mittel“ bereitgestellt werden (und die Ausgaben dafür nicht etwa bei den staatlichen Schulen eingespart werden).

### Ängste wegen Sparmassnahmen / soziale Auflagen

Ein grundsätzliches Bekenntnis zur freien Schulwahl legte einzig die FDP ab. Doch auch sie wollte eine weitergehende Unterstützung privater Schulen erst im Rahmen der Totalrevision des Volksschulgesetzes im Jahre 2012 diskutieren. Zugleich versuchte ein FDP-Sprecher rotgrüne Ängste vor zu weit gehenden Schritten mit dem Hinweis zu zerstreuen, dass der Grosse Rat erst kürzlich ein Postulat für die freie Schulwahl an staatlichen Schulen abgelehnt hatte – und dies, obwohl es die Regierung zur Prüfung hatte entgegennehmen wollen. Der grüne Erziehungsdirektor Bernhard Pulver, dem die Gesetzesrevision weitgehend zu verdanken ist, bekräftigte vor dem Grossen Rat, dass nur Schulen mit „sozial abgestuften Schulgeldern“ Kantonsbeiträge erhalten werden.

\* Ja-Parolen für die Schulwahl-Initiative gab es 1983 nur vom Landesring der Unabhängigen LdU (mittlerweile aufgelöst), von der Demokratischen Alternative (heute mit der Grünen Partei vereint) und dem Jungen Bern (mit der späteren Grünen Freien Liste fusioniert). Stimmfreigabe hatten die CVP und die Progressiven Organisationen POCH (später im Grünen Bündnis aufgegangen) beschlossen.

#### Öffentlicher Diskussionsabend der Elternlobby Bern:

### **Volksinitiative für freie Schulwahl – ja oder nein?**

Nachdem der Grosse Rat die Unterstützung privater Schulen für die nächste Zeit geregelt hat, stellt sich für die Berner Regionalgruppe der Elternlobby nun die Frage des weiteren Vorgehens. Konkret stellt sie an ihrer Mitgliederversammlung am 10. März die Frage zur Diskussion, ob eine kantonale Volksinitiative für eine freie Schulwahl vorbereitet werden soll. Dabei wird zu bedenken sein, dass im Kanton Bern dafür innert 6 Monaten 15'000 Unterschriften von Stimmberechtigten gesammelt werden müssten. Das ist eine viel höhere Hürde als in den andern Kantonen, in welchen Volksinitiativen für die freie Schulwahl hängig sind (BL) oder vorbereitet werden (ZH, SO). Zur vertieften Meinungsbildung werden am 10. März drei schulpolitisch versierte Persönlichkeiten kurze Impulsreferate halten:

- **Ueli Seiler**, Mitinitiant der Volksinitiative für freie Schulwahl von 1983, langjähriger Leiter der Heimschule Schlössli Ins
- **Andreas Brönnimann**, EDU-Grossrat und langjähriger, für die Schulen verantwortlicher Gemeinderat in Belp, Vizepräsident der vorberatenden Grossratskommission zum Volksschulgesetz
- **Daniel Kast**, CVP-Grossrat und Lehrer in der Stadt Bern

Zu diesen Referaten mit anschliessender Diskussion sind nicht nur die Mitglieder der Elternlobby im Kanton Bern eingeladen. Es sind vielmehr alle willkommen, die sich für eine freie Schulwahl interessieren oder engagieren wollen.

**Der öffentliche Diskussionsabend der Elternlobby Bern beginnt am Montag, 10. März, um 20 Uhr, im Bio-Restaurant Vatter (6. Stock) in Bern.**